

Der Aufstieg der Front National vor dem Hintergrund einer organischen Krise der französischen Gesellschaft

Von Felix Syrovatka (Eberhard-Karls-Universität Tübingen)

1. Einleitung

Das Gespenst des Rechtspopulismus geht um in Europa. Es bedroht den europäischen Integrationsprozess ebenso wie die demokratischen Institutionen der Mitgliedsstaaten. Wahrheiten werden in Frage gestellt oder gleich ganz durch „alternative Fakten“ ersetzt. Die dadurch entfesselten Debatten polarisieren die Gesellschaft, welche zunehmend in einen kosmopolitischen und einen kommunitaristischen Teil gespalten zu sein scheint (Zürn 2016). Diese zwei Pole werden sichtbar in zwei politischen Bewegungen: dem progressiven und kosmopolitischen Neoliberalismus und dem reaktionären und chauvinistischen Populismus (Fraser 2017). In den Mitgliedsstaaten der EU wird seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Europa die öffentliche Debatte von Diskursen über Einwanderung und die Verlagerung von Kompetenzen an internationale Institutionen dominiert (Wilde et al. 2016: 833f). In nahezu jedem europäischen Land stehen die Fragen, wie offen nationale Grenzen für Menschen und Waren sein und auf welcher politischen Ebene entsprechende Entscheidungen getroffen werden sollen auf der Tagesordnung. Dominierende Akteure sind dabei rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, welche mit ihrer kommunitaristischen Position skandalisierend und verschärfend in die öffentliche Debatte eingreifen und sich darüber im öffentlichen Diskurs profilieren können.

Im französischen Präsidentschaftswahlkampf zeigt sich die gesellschaftliche Polarisierung derzeit so deutlich wie bisher in noch keinem anderen europäischem Land. Die Themen Migration und EU dominieren die politische Debatte und lassen andere Themen in den Hintergrund rücken. Die von Zürn (2016) festgestellten neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus manifestieren sich in Frankreich in den beiden Kandidaten Emmanuel Macron und Marine Le Pen. Während Macron, als Kandidat der liberalen Bewegung „En Marche!“, mit einer proeuropäischen Wahlkampagne die liberal-kosmopolitischen Werte von Freizügigkeit und individueller Selbstbestimmung verteidigt, tritt die rechtsradikale Kandidatin Marine Le Pen für eine Abkehr von Europa sowie eine protektionistische-kommunitaristische Wirtschafts- und Einwanderungspolitik ein. Beide Kandidaten und ihre Parteien scheinen auf den ersten Blick von der Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus zu profitieren, welche den Gegensatz zwi-

schen Kapital und Arbeit, bzw. das klassische Links-Rechts-Schema abgelöst zu haben scheinen (Kocka 2017; Merkel 2016). Der Rechtspopulismus wäre somit auch in Frankreich als ein Resultat gesellschaftlicher Konfliktlinienverschiebungen zu verstehen.

Entgegen dieser Annahme soll im folgenden Beitrag aus einer neogramscianischen Perspektive argumentiert werden, dass sowohl der (Wieder-)Aufstieg des Rechtspopulismus als auch die gesellschaftliche Konfliktlinienverschiebung komplexe politische, wirtschaftliche und kulturelle Krisendynamiken in Frankreich zur Grundlage hat. Der neue gesellschaftliche „Gegensatz zwischen „die da oben“ und „wir da unten““ (Zürn 2016: 10) ist nicht Ursache, sondern vielmehr Ausdruck einer tiefen Hegemoniekrise der bestehenden Gesellschaftsformation. Die Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten, so die hier vertretene These, ist vielmehr Symptom einer Verschränkung verschiedener ökonomischer, politischer und ideologischer Krisenmomente, welche sich gegenseitig bedingen und verstärken. Im Folgenden wird daher im ersten Schritt die Krisentheorie von Antonio Gramsci dargestellt, um darauf aufbauend im zweiten Schritt die Krisentendenzen in Frankreich kurz darstellen und einordnen zu können. Im dritten Schritt wird dann die strategisch-inhaltliche Reaktion der Front National (FN) auf die französische Hegemoniekrise erläutert.

„daß das Alte stirbt...“ oder die Krise der Hegemonie

Die Krisentheorie des marxistische Theoretiker Antonio Gramsci basiert auf dem Begriff der Hegemonie, der das komplexe Zusammenspiel aus Konsens und Zwang bei moderner Herrschaftsausübung beschreibt. Hegemonie ist die Grundlage heutiger moderner kapitalistischer Gesellschaften, basieren diese doch anders als etwa der Feudalismus, fundamental auf der konsensualen Einbindung der Beherrschten. Je nach spezifischer Regulationsform wird diese Einbindung in unterschiedlicher Qualität über „materielle Zugeständnisse“ (Gramsci 2012: 1567), eine politische Passivierung (ebd.: 481, 1577) sowie über die Etablierung einer umfassenden Erzählung bzw. einer Weltanschauung (ebd.: 719) organisiert.

Ausgehend von seiner Hegemonietheorie entwickelte Gramsci den Begriff der organischen Krisen, die er von konjunkturellen Krisen abgrenzte. Unter letzterer können mit Marx die periodisch wiederkehrenden Störungen kapitalistischer Akkumulation verstanden werden, welche Ausdruck der sich permanent entwickelnden Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie wachsender Problemen bei der Kapitalverwertung sind (Marx 1969, 2005). Jene Krisen begleiten die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus seit seinen Anfängen. Während also der Begriff der konjunkturellen Krise nur einen spezifischen Krisenmoment beschreibt, fasst der Begriff der organischen Krise die verschiedenen ökonomischen,

politischen und ideologischen Krisenmomente im Moment ihrer Verdichtung, d.h. in jenem Moment, in dem sich die jeweiligen Krisenmomente gegenseitig bedingen und beeinflussen.

In ihrer Aggregation und ihrer oftmals „außergewöhnlichen Dauer“ stellen diese verdichteten Krisenmomente sich als „unheilbare Widersprüche“ (Gramsci 2012: 1557) in der Gesellschaftsformation dar. Diese Widersprüche sind in ihrer strukturierten Komplexität überdeterminiert, d.h. sie lassen sich „keineswegs auf eine reine Erscheinung reduzieren“ (Althusser 2011b: 139), womit sie in der gesellschaftlich dominanten Funktionslogik nur oberflächlich und unzureichend bearbeitet werden können. Vielmehr führen die verschiedenen Krisen in ihrem Zusammenspiel zu Konflikten innerhalb des herrschenden Blocks und damit zu einer Beschränkung der Handlungsfähigkeit sowie der Problemlösungsfähigkeit bis hin zu einer Blockade der „kapitalistischen Reinigungsfunktionen“ (Deppe 2014).

Verstanden als eine fundamentale „Autoritätskrise“, bzw. eine „Krise des Staates in seiner Gesamtheit“, beschreibt der Begriff der Hegemoniekrise also jene Situation, in der sich große Massen von den traditionellen Ideologien entfernen, die materiellen Zugeständnisse durch die ökonomischen Krisendynamiken nicht mehr eingelöst werden können und das System der politischen Passivierung von den Beherrschten grundlegend in Frage gestellt wird. Es ist jener „cäsarische Moment“, in dem „wir da unten“ das Alte nicht mehr wollen und „die da oben“ nicht mehr in alter und gewohnter Weise können (Hall 2014: 103), also eine Situation, in der die herrschende Klasse zwar noch „Inhaberin der reinen Zwangsgewalt“ (Gramsci 2012: 354) ist, jedoch die konsensuale Zustimmung verloren hat. Es entsteht ein Übergang, ein Interregnum, in der das „Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (ebd.). In diesem Interregnum, welches Ausdruck eines „statischen Gleichgewichtes ist [...] das zu überwinden keine Klasse [...] die Kraft hat“ (ebd.: 553), kommt es zu „unterschiedlichen Krankheitsercheinungen“ (ebd.). Durch die Aggregation verschiedener Krisenmomente entsteht ein wirkliches Kampffeld um die Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung, welches von den verschiedenen Kräften durch die Artikulation politischer Projekte genutzt werden kann. Zugleich öffnet sich ein Raum, der den Aufstieg von „Männern der Vorsehung und Charismatikern“ (ebd.: 553) ermöglicht, ihre Formierung zur aktiven politischen Kraft fördert und ihre spezifischen Krisenlösungen - die meistens Gewaltlösungen sind - gesellschaftsfähig macht.

Doch nur, wenn sich eine der konkurrierenden politischen Kräfte als wirkliche „Alternativlösung“ (Polanyi 2015: 323) für die verschiedenen Krisenmomente darstellen kann, ist es ihr möglich, über den temporär-spezifischen Verdichtungspunkt längerfristigen politischen Einfluss auszuüben und hegemonial zu werden. Dafür ist es notwendig, ein politisches Projekt zu

artikulieren, das konkrete politische Initiativen beinhaltet, die sich nicht nur als Lösungen für die drängendsten sozialen, ökonomischen und politischen Probleme darstellen, sondern zugleich verschiedene Dimensionen des politischen und sozialen Handelns verbindet (Bieling/Steinhilber 2000: 106). Zentral ist dabei, dass sich die verschiedenen Ebenen und Dimensionen nicht einfach überlagern, sondern auf einer spezifischen Art gemeinsam artikuliert werden, d.h. dass sie eine eigene Subjektivierungsform erschaffen und einen „motivierenden sozialen Mythos“ (ebd.) entfalten können. Mit Gramsci gesprochen, zielt ein gegenhegemoniales Projekt damit auf die Produktion neuer Formen des Alltagsverstandes der Massen, d.h. auf eine Neu- und Rekonfiguration von Assoziationsketten der populären Weltauffassung (Gramsci 2012: 1376).

Die Ursprünge der französischen Malaise

Ein solches gegenhegemoniales Projekt wurde in Frankreich von verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen Anfang der 1980er Jahre durchgesetzt und in der angebotspolitischen Wende von François Mitterrand 1984 manifest (Boltanski/Chiapello 2001). Ausgehend von der tiefgreifenden Krise der fordistischen Regulationsweise des französischen Kapitalismus ab den 1970er Jahren konnte sich ein politisches Projekt durchsetzen, welches sich in erster Linie gegen die Grundpfeiler des französischen Staatskapitalismus richtete und zugleich den Freiheits- und Demokratiebegriff nicht in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stellte, sondern sie zugleich mit Wettbewerb und ökonomischer Freiheit verknüpfte (Steinhilber 2000). Eingeraht durch eine ideologische Wende, welche eine wettbewerbsorientierte Neukonfiguration des Alltagsverstandes zum Ziel hatte, konnte sich das „Modernisierungsprojekt“ sukzessiv entfalten. Als Folge kam es zu einer Umwälzung der kapitalistischen Regulierungsweise, der Durchsetzung einer wettbewerbsorientierten und kosmopolitischen Weltauffassung sowie einer Neuordnung der politischen Landschaft durch eine Schwächung der französischen Gewerkschaftsbewegung und der politischen Aufwertung von ökonomischen Interessenverbänden (Syrovatka 2016). Mit der angebotspolitischen Wende wandelte sich das französische Kapitalismusmodell von einem „*state capitalism*“ zu einem „*state-influence capitalism*“ (Schmidt 2002).

Doch der Bruch mit dem fordistischen Entwicklungsmodell führte nicht zu einer Lösung der verschiedenen Krisenmomente, sondern vielmehr zu einer temporären Verschiebung und einer Neuordnung der Kräfteverhältnisse in den industriellen Beziehungen, zu Ungunsten der abhängigen Beschäftigten und der Gewerkschaften. Finanzialisierungs- und Deindustrialisierungs-

prozesse prägen seitdem die französische Wirtschaft. Auf der einen Seite wuchs die Marktkapitalisierung des französischen Aktienmarktes in Folge der Deregulierungen der Finanzmärkte zwischen 1982 und 2006 von 5,6 % des BIP auf 106,9 % an. Unternehmen refinanzierten sich nun stärker am Kapitalmarkt, was zu einer starken Abhängigkeit der Unternehmen von den Renditeinteressen der Investoren (Shareholder-Value) führte. Auf der anderen Seite hatte das Ende der staatlichen Industrieförderung ab Mitte der 1980er Jahre einen Einbruch der Industrieproduktion und den Abbau von mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen zur Folge. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Gesamtwertschöpfung sank bis 2015 auf 12,6 % und liegt heute deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 19,5 %. Im Zuge der Umwälzungsprozesse kam es zudem zu einer Prekarisierung der Arbeit und einem kontinuierlichen Anstieg von befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit (Boltanski/Chiapello 2001: 362ff). Zwischen 1985 und 2001 stieg allein die Anzahl der durch Leiharbeit geleisteten Stunden um 506 % (Delbar/Léonard 2002). Der Anteil befristeter Arbeitsverträge bei Neueinstellungen erreichte 2014 mit 84 % den höchsten Wert im europäischen Vergleich.

Der Übergang vom Fordismus zum Finanzmarktkapitalismus hatte eine soziale und territoriale Spaltung des Landes zur Folge. Das Ende des staatlichen Dirigismus und der Finanzmarktregulierung führte dazu, dass vor allem die ländlichen Regionen von der Entwicklung des Landes abgeschnitten wurden. Das nach der Deregulierung der Finanzmärkte nun flexible Kapital orientierte sich zunehmend auf die urbanen Ballungsräume. Der Aufstieg von Städten wie Lille, Straßburg oder Marseille ging einher mit der wirtschaftlichen und sozialen Auseinanderentwicklung von ländlichen und urbanen Räumen. Es kam zu einem ökonomischen und kulturellen Aufstieg der Metropolen und Großstädte, während die ländlichen Gebiete im deindustrialisierten Norden und im infrastrukturell wenig erschlossenen Süden Frankreichs abgehängt wurden. Waren zuvor staatliche Anstrengungen für eine wirtschaftliche Dezentralisierung unternommen worden, wurde nun die „französische Wüste“ (Gravier 1947) wieder ihrem Schicksal überlassen.

Die Einbindung Frankreichs in den Prozess der wettbewerbsstaatlichen europäischen Integration und die damit gewonnenen ökonomischen Vorteile, konnten die Ablösungsprozesse in der französischen Gesellschaft, welche sich seit den 1980er Jahren schleichend vollzogen, größtenteils begrenzen. Während in vielen anderen europäischen Ländern ein tiefgreifender Abbau der sozialen Sicherungssysteme durchgesetzt wurde, blieben diese in Frankreich bis in die 2000er Jahre weitestgehend erhalten und wurden teilweise sogar bis in die 1990er Jahre hinein ausge-

baut (Syrovatka 2016). Je mehr jedoch die alten fordistischen Kompromissstrukturen und Arrangements zerstört wurden, desto stärker traten die verschiedenen Krisenmomente zu Tage (Demirovic 2012: 132). Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2007ff spitzten sich diese weiter zu. Die verschiedenen ökonomischen, politischen und kulturellen Krisenmomente verbanden sich zu einer organischen Krise, zu einer Krise der Hegemonie in Frankreich.

Die französische Hegemoniekrise

War Frankreich kurz nach dem Ausbruch der Finanzkrise weniger stark betroffen als andere europäische Mitgliedsländer, gelangte das Land ab 2011 zunehmend in eine Rezession. Die Krisenentwicklungen sowie die europäischen Kürzungspolitiken in der südeuropäischen Peripherie hatten, aufgrund der starken volkswirtschaftlichen Verknüpfungen mit den Ökonomien Südeuropas, indirekte Auswirkungen auf die französische Wirtschaftsentwicklung. Vor allem die französische Exportstruktur war vor der Krise stark auf die südeuropäischen Krisenländer ausgerichtet und zugleich in der Krise nicht in der Lage, globale Absatzmärkte zu erschließen, um den Export zu konsolidieren. Dadurch kam es zu einem starken Rückgang der Exporte und einem Einbruch der Portfolioinvestitionen (Heine/Sablowski 2015). Ausländische Investoren zogen sich vermehrt aus Frankreich zurück, während französische Firmen wiederum ihre Investitionen zunehmend im Ausland tätigten und Arbeitsplätze sowie Produktionsstandorte, aufgrund der dortigen negativen Lohnentwicklung, in die südlichen Krisenstaaten verlagerten.

In Folge der sich seit 2011 zuspitzenden ökonomischen Krise traten auch die strukturellen Probleme und Widersprüche des transformierten französischen Modells wieder an die Oberfläche und verstärken sich mit den wirtschaftlichen Krisenmomenten. Vor allem die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an. Wie fast überall in Europa traf die Wirtschaftskrise vor allem junge Menschen besonders hart. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg landesweit von 10 % (2010) auf 21 % (2013). Am prekärsten ist die Situation in den strukturschwachen und den von den Transformationsfolgen der 1980er Jahre stark gebeutelten Regionen im Norden und Süden des Landes. Derzeit ist bspw. jeder vierte Jugendliche in Nord-Pas-de-Calais arbeitslos, im Departement Pyrennes-Oriental, im Süden des Landes, ist es jeder fünfte.

Die ökonomischen Zuspitzungen der Krise hatten jedoch nicht nur soziale Verwerfungen und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge, sondern erschütterten den historisch tief verwurzelten ideologischen Mythos vom vorsorgenden und regulierenden Staat (Rosanvallon 2000). In der Krise von 2011 wurde deutlich, dass die staatliche Politik die Ansprüche der Bevölkerung nicht mehr erfüllen will und kann. Die Reformpolitik der letzten Jahre, sowohl im Arbeitsmarkt- als

auch im Sozialbereich, hat gezeigt, dass die staatliche Regulation essenzieller gesellschaftlicher Bereiche von der Politik bewusst aufgegeben wird (Syrovatka 2016). Zudem kam es in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Formen zu einer Erosion des französischen Gleichheitsgrundsatzes, welcher seit der französischen Revolution zentraler Bestandteil verschiedener französischer Verfassungen war. Mit der kulturalistisch und in Teilen rassistisch geführten Debatte über die französische Identität und ihrer spezifische Charakterisierung hat sich ein zunehmend naturalistisches und völkisches Verständnis der französischen Nationalität im öffentlichen Diskurs etabliert (Syrovatka 2015). Zugleich wird der französische Gleichheitsgrundsatz durch die Abnahme sozialer Mobilität und die zeitgleiche Zunahme von Deklassierungsangst in weiten Teilen der unteren Mittelschicht in Frage gestellt. 43 % der Franzosen fühlen sich deklassiert und glauben, dass es ihnen heute schlechter gehe als noch ihren Eltern (DREES 2016). Diese Selbstwahrnehmung teilen nicht mehr nur Arbeitslose und prekär Beschäftigte, sondern auch zunehmend Hochschulabsolventen. Der Bruch mit dem fordistischen Akkumulationsmodell hat auch in Frankreich zur Etablierung einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016) geführt, in der es nur für die privilegierten Gruppen nach oben geht, während große Teile der Bevölkerung vom sozialen Abstieg bedroht sind. Die durch den Gini-Koeffizienten gemessene Schere zwischen Arm und Reich ist in Frankreich nach Angaben der OECD (2016) zwischen 1996 und 2011 um mehr als 10 % auseinandergegangen. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen von Armut betroffen: 8,9 Millionen Franzosen gelten heute als relativ arm.

Der Bruch mit zentralen sozialen Versprechen, welche historisch mit dem französischen Staat verknüpft waren, befördert die Delegitimierung der politischen Strukturen und ihrer Akteure. Es kommt vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Transformationen und der sich seit 2011 verstärkenden Wirtschaftskrise zu einer „wachsenden Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten“ (Gramsci 2012: 553). War dieser Zwiespalt in Frankreich aufgrund der Verfassung der V. Republik schon immer vorhanden, so vergrößerte er sich durch die angebotspolitische Reformpolitik und dem Abbau des Sozialstaates. Denn mit der Zerstörung fordistischer Arrangements und Kompromissstrukturen durch eine einseitige neoliberale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurden jene materiellen Kapazitäten zerstört, die das strukturelle Demokratiedefizit der V. Republik relativ verdeckten. Je mehr aber diese Kompromissstrukturen erodierten, umso mehr wurden die geringen demokratischen Partizipationsmöglichkeiten offensichtlich. Zudem kam es, in Folge des angebotspolitischen U-Turns, zu einer „Entideologisierung der Parteien“ (Poulantzas 2002: 169). Stellten die beiden großen Parteien früher Orte dar, an denen um He-

gemonie gerungen wurde, so werden sie heute als „bloße Kanäle der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik [wahrgenommen], die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird“ (ebd.). Zumeist fehlt es in den Parteien an innerparteilicher Demokratie und Mitbestimmung; Basisinitiativen und Mitglieder ohne Funktion haben kaum die Möglichkeit, Entscheidungen der hauptamtlichen Parteifunktionäre in Frage zu stellen. Als Verwalterinnen derselben neoliberaler Politik gleichen die Konservativen und die Sozialdemokraten heute mehr denn je Karrierenetzwerken. Ihr Spitzenpersonal rekrutiert sich aus denselben Elitehochschulen. Die Produktion von BerufspolitikerInnen umfasst alle Ebenen, bis hin zur Kommunalpolitik. Zugleich zeigen die Schmier- und Schwarzgeldskandale, die bis in die jüngste Vergangenheit reichen, wie stark die Eliten aus Wirtschaft und Politik miteinander verstrickt sind. Daher findet die Krise des politischen Systems und der gesamten politischen Klasse nicht zufällig ihren Auslöser in den zahlreichen Schmier- und Schwarzgeldaffären Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre (Elf-Skandal, Angolagate etc.). Mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise spitzte sich auch die Krise des politischen Systems weiter zu. In Folge der autoritären Durchsetzung angebotspolitischer Reformpolitik weitete sich die Entfremdungserfahrung auf weite Teile der Bevölkerung aus. Trotz starkem Protest und Streiks wurden seit 2008 in Frankreich zwölf Reformpakete allein in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt. Zuletzt bediente sich die Regierung dazu mehrfach des § 49-3 der französischen Verfassung, welcher eine Umgehung des Parlaments ermöglicht, um Gesetze in Kraft zu setzen. Dazu kommt, dass durch das Mehrheitswahlrecht verhindert wird, dass sich politischer Protest bei Wahlen in den Parlamenten wiederfinden kann. So wurde etwa der FN bei den Regionalwahlen mit 30 % stärkste Kraft, fand jedoch aufgrund des Wahlrechts keine Repräsentation in den politischen Institutionen.

Die Ohnmachtserfahrungen und die zunehmende Entfremdung der Bevölkerung von der politischen Klasse hat zu einem massiven Vertrauensverlust dem gesamten politischen System gegenüber geführt. So gaben 83 % der Befragten im April 2016 an, dass das demokratische System in Frankreich sehr schlecht funktioniere und ihre Interessen dort nicht repräsentiert würden. Zugleich glauben 89 %, dass es den PolitikerInnen egal ist, was die Bevölkerung denkt, und 92 % haben ihr Vertrauen in die politischen Parteien vollständig verloren (IPSOS 2016). Dieser Vertrauensverlust hat fundamentale Folgen für das politische System insgesamt. Die seit den 1980er Jahren offensichtliche Auflösung traditioneller Parteibindungen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich beschleunigt. Das Zweiparteiensystem, das in der Vergangenheit zur Stabilität der V. Republik beitrug, wird durch den Aufstieg des FN zunehmend herausgefordert.

Aufgrund ihrer Nichtrepräsentation im politischen System Frankreichs kann sich der FN authentisch als Anti-Parteien-Partei inszenieren und in der Öffentlichkeit auch als solche wahrgenommen werden.

Die Reorganisation der radikalen Rechten

Es wäre jedoch zu unterkomplex, den Aufstieg der FN als mechanisches Ergebnis der tiefen Hegemoniekrise in Frankreich zu erklären. Die organische Krise und die zeitgleiche Blockade der „Reinigungsfunktionen“ (Deppe 2013) des französischen Kapitalismus führten vielmehr dazu, dass ein wirkliches Kampffeld um die Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung entstanden ist. Das hervorgerufene Interregnum eröffnete einen Raum, in dem sich die radikale Rechte, nach ihrem Scheitern bei den Präsidentschaftswahlen 2002, als aktive politische Kraft neu organisieren und erfinden konnte. Nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen hatten viele BeobachterInnen die FN als entzaubert bezeichnet und den Niedergang der rechtsradikalen Partei prognostiziert. Mit der Wahl von Marine Le Pen auf dem Parteitag in Tours 2011 begann jedoch ein Prozess, der die radikale Rechte von Grund auf erneuerte und reformierte. Die sogenannte „Entdiabolisierungsstrategie“, die Marine Le Pen gleich nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden einleitete, umfasste in erster Linie eine öffentliche Abwendung von jeglicher antisemitischen und rechtsradikalen Rhetorik. Diese begann schon mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden auf dem Parteitag in Tours 2011, welche von der Öffentlichkeit als Bruch mit der antisemitischen Tradition und als Signal für die Modernisierung der Partei verstanden wurde. Seitdem gilt eine strikte Mitgliederpolitik. Mitglieder des nationalsozialistischen und des völkisch-nationalistischen Flügels wurden öffentlichkeitswirksam aus der Partei ausgeschlossen, ebenso wie jene Mitglieder, welche sich in den Medien positiv zum Nationalsozialismus äußerten. Das resolute öffentliche Auftreten führte zu einer Wandlung der Parteiwahrnehmung in der französischen Bevölkerung, auch wenn die Partei programmatisch nicht weniger weit rechts steht.

Zugleich etablierte sich Marine Le Pen mit ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im öffentlichen Diskurs und konnte dort immer wieder politische Themen auf die Agenda setzen (Dumitrescu 2016; Ivaldi 2015). Vor allem in den vergangenen zwei Präsidentschaftswahlkämpfen schaffte sie es, v.a. die Konservativen vor sich herzutreiben und ihnen ihre Positionen aufzuzwingen. Die diskursive Strategie der Partei zielt dabei darauf ab, den öffentlichen Diskurs so zu nutzen, dass die eigenen Positionen, wie etwa die Ablehnung des Islams oder die Migration nach Frankreich, in die Mitte der Gesellschaft vordringen können. Dazu werden Beispiele kon-

struiert, welche die eigenen Positionen als anschlussfähig erscheinen lassen. Doch die Übernahme der FN-Positionen durch die etablierten Parteien führt dazu, dass die rechtsradikale Partei selbst salonfähig und gesellschaftlich akzeptiert wird. Zugleich bedient sich der FN im öffentlichen Diskurs scheinbar „unverdächtiger“ und oftmals von der gesellschaftlichen Linken besetzte Begriffe wie „Laizität“ und verknüpft diese mit rassistischen und islamfeindlichen Inhalten.

Das zentrale Feld der aktiven Intervention ist in erster Linie das Terrain der Ideologie. Primär geht es dabei um das Vordringen in die „praktischen Ideologien“ (Althusser 2011a: 216), d.h. in jene Erzählungen und Weltauffassungen, die die Lebensbedingungen für die Massen verständlich machen und zugleich eine praktische und materielle Kraft entfalten können. Vorrangiger Einsatzpunkt des FN ist dabei die Produktion neuer Formen des Alltagsverständnisses, d.h. einer Neukonfiguration von Äquivalenzketten und einer Neudefinition von spezifischen Begriffen, wie eben „Laizität“ (Barthélemy/Michelat 2007; Laclau/Mouffe 2006). Mit anderen Worten geht es um eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung innerhalb des fragmentierten Alltagsverständnisses der Massen, d.h. „einem Prozess der Unterscheidung und der Veränderung im relativen Gewicht [...]: was zweitrangig und untergeordnet [...] war, wird als hauptsächlich aufgenommen [...]“ (Gramsci 2012: 1051). Mit dieser Strategie formte Marine Le Pen den FN innerhalb kürzester Zeit von einer kleinen rechtsextremen Protestformation zu einer seriös erscheinenden, medial wahrnehmbaren und zugleich lokal verankerten Partei, welcher heute fast 40 % der Franzosen zutrauen, eine Regierung zu führen (TNS Sofres 2016).

Der FN muss heute als eine *aktive politisch-ideologische Kraft* verstanden werden, die den öffentlichen Diskurs in Frankreich mitbestimmt und die „aktiv der Philosophie verpflichtet ist, dass sie reformieren muss, um zu erhalten und revolutionieren muss, um zu bewahren“ (Hall 2014: 104). Während die Reorganisation des FN die radikale Rechte als aktive politische Kraft rekonstituiert hat, führte die Verbindung der verschiedenen Krisenmomente zu einer organischen Krise dazu, dass die radikale Rechte ihren „passiven Punkt“ (ebd.) überwinden konnte. Das bedeutet, dass die Rechte die bestehende Situation nicht mehr bewahren möchte, sondern sie vielmehr als ein Kräftefeld versteht, das sie nach rechts zu rekonstruieren versucht (ebd.: 104). Mit der Forderung einer radikalen Überwindung der aktuellen Situation durch eine „*Restauration durch Revolution*“ stellt sich der FN erstmals in seiner Geschichte in reale Konkurrenz mit der demokratischen Linken (Shields 2007). Für die radikale Rechte geht es nicht mehr um den Erhalt des „Status quo“, sondern um eine Überwindung der aktuellen Situation, um eine Restauration des früher Bestehenden erreichen zu können (Syrovatka 2015). Der FN verfolgt

heute ein kohärentes gegenhegemoniales Projekt in Anfängen, das in seiner Spezifik eine fundamentale Umwälzung des Bestehenden beinhalten würde. Die radikale Rechte in Frankreich ist dazu bereit, das „Gebäude der [französischen] Gesellschaft bis zu seinem Fundament einzureißen“ (Hall 2014: 104).

Die radikale Rechte profitierte bei ihrer Reorganisation und Etablierung in der französischen Gesellschaft auch von der Schwäche der Gewerkschaften und der gesellschaftlichen Linken. Das wiederholte Scheitern der französischen Sozialdemokratie, verbunden mit der tiefen Krise der Gewerkschaften¹ führte zu einer nachhaltigen Beschädigung, einer weiteren Zersplitterung und zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Isolation der gesamten französischen Linken. Durch die programmatische Ideenlosigkeit und die verknöcherten Strukturen, hatte die französische Linke den Vorstößen der radikalen Rechten kaum etwas entgegenzusetzen. Vielmehr eröffnete ihre Schwäche ein politisches Vakuum, das die FN für sich nutzen konnte. Weder die verschiedenen Protest- und Streikbewegungen der letzten Jahre, noch das Kriseninterregnum seit 2011 konnte die französische Linke für eine Reorganisation und Revitalisierung nutzen.

Das gegenhegemoniale Projekt des Front National

Der FN dagegen entwickelte, auch vor dem Hintergrund einer immer stärker verunsicherten und politisch desillusionierten Gesellschaft, einen in Ansätzen alternativen, wenn auch reaktionären Gesellschaftsentwurf, der auf bestimmte Teile der Bevölkerung eine gewisse Ausstrahlungskraft und Wirkmächtigkeit entfalten kann. Als einzige politische Kraft schafft er es, sein politisches Projekt als Antwort auf die zahlreichen Krisenmomente der französischen Gesellschaft zu artikulieren und es als beste Lösung für die drängenden sozialen, politischen und ökonomischen Probleme darzustellen. Damit reagiert er auf die Hegemoniekrise und nutzt den Raum, der sich durch die organische Krise, aber auch durch die Schwäche der Linken und dem Scheitern der Sozialdemokratie eröffnet hat.

Kern des „gegenhegemonialen Projektes“ (Bieling/Steinhilber 2000) des FN ist eine Überwindung des Bestehenden durch eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Regulation, d.h. ihrer politischen, ökonomischen und kulturell-moralischen Funktionsweise. Durch die spezifische Artikulationsform des politischen Projekts wird es dem FN zunehmend möglich, die französische Rechte über machtstrategische Fragen hinaus zu vereinen, Spaltungslinien im

¹ Siehe dazu: Syrovatka (2017) .

konservativen Block zu vertiefen und eine gesellschaftliche Anziehungskraft über die traditionelle FN-WählerInnenschaft zu entfalten. Gerade der letzte Punkt ist ein zentraler Indikator für den Erfolg des FN. So wird die rechtsradikale Partei zunehmend von Teilen der unteren Mittelschicht und der Arbeiterklasse - v.a. von der ehemaligen Industriearbeiterklasse im Norden des Landes - sowie von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten gewählt (IPSOS 2016). Ein WählerInnenklientel also, das noch vor Jahren primär die Parteien der gesellschaftlichen Linken wählte. Darüber hinaus ist sie in weiten Teilen die neue politische Heimat von all jenen geworden, die sich von den beiden großen Parteien abgewendet haben und vom politischen System in seiner Gesamtheit enttäuscht sind. Gerade bei jenen WählerInnen schafft es der FN, über konkrete materielle Interessen hinweg einen sozialen Mythos zu entfalten und über eine eigene Subjektivierungsform weite Teile der Bevölkerung für sein politisches Projekt zu aktivieren.

Das gegenhegemoniale Projekt des FN basiert dabei auf drei Ebenen, welche mit den drei Dimensionen der organischen Krise korrespondieren:

- Auf der *Ebene der Deutungsmacht* wird der immer prekärer werdenden Ideologie der bestehenden Ordnung eine alternative Erzählung entgegengesetzt. Zentral ist dabei die Imaginierung einer französischen Identität, die über ein „christlich-jüdisches Erbe“, die französische Sprache, zentrale kulturelle und politische Errungenschaften konstruiert und mit einer spezifischen Form eines Blut-und-Boden-Nationalismus verknüpft wird. Um diese französische Identität herum wird ein allgemeines und umfassendes Bedrohungsszenario aufgebaut. In der alternativen Erzählung des FN ist die französische Identität durch verschiedene äußere Gefahren existenziell bedroht. Dabei werden verschiedene diskursive Verknüpfungen vorgenommen und eine integrale, reaktionäre Weltauffassung etabliert. So wird eine Krise der moralischen Ordnung konstruiert, welche sich durch vermehrte Gewaltakte und den Wegfall christlich-katholischer Werte (Abtreibung, Homosexualität etc.) äußert und vom FN in erster Linie mit Migration und Einwanderung verbunden wird. Diese sei zugleich auf das Schengen-Abkommen und die Europäische Union zurückzuführen, die wiederum die französische Sprache und Kultur zerstören wie auch die nationalstaatliche Souveränität abschaffen will. Die alternative Weltauffassung des FN konstruiert also eine permanente Bedrohungssituation, deren einzige Verteidigung mit der Revolutionierung des Bestehenden verbunden

wird. Das Resultat dieser Weltauffassung ist die notwendige Überwindung der bestehenden Gesellschaftsformation, um die spezifische französische Identität bewahren zu können

- Auf der *politischen Ebene* besetzt der FN in erster Linie die demokratische Frage. Dabei inszeniert er sich als Anti-Parteien-Partei, die sich innerhalb des traditionellen politischen Spektrums der V. Republik nicht einordnen lässt. Ihr Hauptargument ist dabei die Tatsache, dass der FN als eine der wenigen politischen Kräfte, aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechts, bisher nie ernsthaft im politischen System repräsentiert war. Anders als die radikale Linke, welche traditionell zur gesellschaftlichen Linken gezählt wird, gehörte der FN nie zum parteipolitischen Spektrum der gesellschaftlichen Rechten. War das Fehlen eines Koalitionspartners für den FN lange Zeit ein zentrales strategisches Problem, um Mehrheiten zu erringen, so profitiert er nun in der Krise des politischen Systems von diesem Alleinstellungsmerkmal. Die strategische Selbstbezeichnung als „*ni droit, ni gauche*“, welche Marine Le Pen von der rechtsradikalen Strömung der „*Nouvelle Droite*“² entliehen hat, entwickelte daher eine gewisse Glaubwürdigkeit in der französischen Öffentlichkeit (Syrovatka 2015). Zugleich verleiht die Tatsache, dass der FN als derzeit stärkste Partei Frankreichs nicht in den politischen Institutionen präsent ist, der Kritik am Demokratiedefizit des politischen Systems in der Öffentlichkeit eine gewisse Überzeugungskraft. Marine Le Pen kann vor allem mit Verweis auf die fehlende Repräsentation ihrer Partei im politischen System, trotz einer Zustimmung von fast 30 %, die Demokratiefrage effektiv besetzen. Der FN wird es dadurch möglich, sich als Opfer des undemokratischen Systems und der politischen Eliten darzustellen. Dabei sind die Elemente von nationaler Selbstbestimmung und Souveränität für seine Forderungen essentiell. Denn die Partei selbst inszeniert sich dabei als einziger Repräsentant des nationalen Volkswillens, während die politischen Eliten in erster Linie ihre eigenen Interessen, nicht aber die des französischen Volkes vertreten. Damit berührt der FN den Kern der Krise des politischen Systems und seines Demokratiedefizits, womit die inhaltlichen Positionen auch Überschneidungen mit der populären Linken aufweisen. Zugleich zeigt sich anhand der Demokratiefrage die Konstruktion von Frontstellungen, die der FN in zahlreichen Themenbereichen vornimmt. Die politischen Eliten, welche das politische System Frankreichs besetzt halten, werden

² Die Nouvelle Droite setzte sich in den 1980er und 1990er Jahren für eine rechte Aneignung der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci ein.

zu Antagonisten, die der Nation und dem Volk, als demokratischer Referenzpunkt, diametral gegenübersteht. Dieser Antagonismus wird v.a. in Bezug auf die sogenannten „neuen“ gesellschaftlichen Konfliktlinien“ artikuliert, d.h. der FN inszeniert sich als diejenige politische Kraft, die in den Fragen um Migration und politischen Kompetenzverlagerungen als einzige den nationalen Volkswillen repräsentiert. Damit wird sie, in ihrer Logik verbleibend, zur einzigen demokratischen Kraft des französischen Volkes: „*FN contre «UMPS», «patriotes» contre «mondialistes»*“ (Albertini 2017). Die „demokratisch-populistische Karte“ (Hall 2004:104) ist für den FN aus der Position der Nichtrepräsentation im politischen System Frankreichs und vor dem Hintergrund der tiefen Repräsentationskrise ein wichtiger Trumpf. Dabei zielt die Strategie der Partei weniger auf den Gewinn von Mandaten, sondern in erster Linie auf das „Volk“, das es für seine Forderung nach einer radikalen Transformation der demokratischen Institutionen in ihrer jetzigen Funktionsweise zu gewinnen gilt.

- Zugleich beinhaltet das politische Projekt des FN nicht nur kulturelle und politische Ideen, sondern basiert ebenso auf *konkreten materiellen Interessen*. Der FN ist Teil einer breiten „national-etatistischen Akteursgruppe“ (Syrovatka 2016). Diese wird v.a. vom traditionellen Kleinbürgertum und den binnenmarktorientierten Kapitalfraktionen getragen, also jenen kleinen und mittelständischen Betrieben, welche ihren Reproduktionsraum oftmals nur innerhalb des Nationalstaates haben und sich durch die europäische und internationale Konkurrenz existenziell bedroht fühlen. Das politische Projekt dieser Akteursgruppe beinhaltet daher auch „nicht nur“ den autoritären Umbau des Staates, eine restriktive Einwanderungs- sowie eine rassistische Sozialpolitik. Vielmehr umfasst es die Idee eines nationalprotektionistischen Akkumulationsmodells, welches durch eine umfassende binnenmarktzentrierte Investitionspolitik sowie eine umfangreiche Zoll- und Steuerpolitik die nationalen Wirtschaftsstrukturen vor der Konkurrenz von außen schützen soll.

Fazit

Der Aufstieg des FN zur stärksten Partei Frankreichs kann nicht unabhängig von den organischen Krisenmomenten in Frankreich betrachtet werden. Die tiefe Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den politischen und ökonomischen Eliten ist Ausdruck einer komplexen Verschränkung ökonomischer, politischer und ideologischer Krisenmomente. In Folge der Transformation des französischen Kapitalismus seit den 1980er Jahren kam es zu zahlreiche Verwerfungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und zu einer sozialen und territorialen

Spaltung des Landes. Der transformatorische Übergang von *state capitalism* zum *state influence capitalism* veränderte nicht nur die spezifische Regulation des französischen Kapitalismus, sondern auch zu einer Neuordnung der industriellen Beziehungen. Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierungen aber auch der zunehmende Abbau des Sozialstaates, die ideologischen Angriffe auf die Arbeiterbewegung und der Rückzug des Staates aus der Konfliktpartnerschaft führten zu einer enormen Schwächung der französischen Linken und der Gewerkschaften, welche bis heute auf einen Erhalt der fordistischen Strukturen der *Trente Glorieuses* ausgerichtet sind (Syrovatka 2017). Je mehr die fordistischen Arrangements und Kompromissstrukturen abgebaut und in Frage gestellt wurden, desto stärker traten die verschiedenen Krisenmomente an die Oberfläche. Mit ihnen entstanden zugleich neue gesellschaftliche „Konfliktlinien“ (Kocka 2017), welche sich v.a. in den Fragen um die Übertragung von nationaler Souveränität an die EU (bspw. Referendum zur EU-Verfassung 2005) und in Fragen der Migration (bspw. Debatte um die französische Identität 2007/08) zuspitzten.

Mit dem Ausbruch der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Beginn der verstärkten Arbeitsmarkt- und Reformpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung kommt es nun zu einer erneuten Verdichtung der organischen Krise und einer Vertiefung der krisenhaften „Krankheitserscheinungen“. Das aufgrund der Ideenlosigkeit und der zahlreichen Konflikte innerhalb des herrschenden Blocks entstandene Interregnum ermöglichte es der radikalen Rechten nicht nur sich zu reorganisieren, sondern zugleich das entstandene Vakuum zur Artikulation ihres politischen Projekts nutzen, welches auf die zentralen Dimensionen der Hegemoniekrise in Frankreich rekurriert. Dabei konnte sich die radikale Rechte auf die „neu entstandenen Konfliktlinien“ diskursiv beziehen, im öffentlichen Diskurs zur „gesellschaftlichen Problemen“ aufwerten und eine gesellschaftliche Polarisierung herstellen.

Das politische Projekt des FN kann daher aus einer hegemonietheoretischen Perspektive als ein „gegenhegemoniales Projekt“ (Bieling/Steinhilber 2000) in Anfängen begriffen werden, in dem sich materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen sowie ideologische Überzeugungen, Gefühle etc. verbinden und gesellschaftlich wirkmächtig werden. In ihm verdichten sich zugleich die verschiedenen Krisendimensionen, für welche das gegenhegemoniale Projekt des FN sich als effektivste Lösung im gesellschaftlichen Diskurs aufdrängt³. Dabei schafft es der FN, in überdeterminierten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen integrale Lösungen zu artikulieren, die alle drei Dimensionen der organischen Krise in

³ Interessanterweise beinhaltet das politische Projekt des Front National neben der Konsenskomponente eine starke Zwang- bzw. Gewaltkomponente. Die konsensuale Einbindung funktioniert in erster Linie über die Abwertung von Minoritäten und einer oftmals mit Gewalt durchgesetzten Lösung (wie etwa Abschiebungen, etc.).

Frankreich berühren. Ein Beispiel dafür ist die aggressive Anti-EU-Rhetorik. Diese suggeriert, dass ein Austritt aus der EU sowohl die ökonomischen als auch die politischen Handlungsspielräume Frankreichs vergrößern und die Krise der moralischen Ordnung durch den Stopp von Zuwanderung verringern könnte.

Zugleich wäre ein Austritt aus der EU jedoch notwendig, um die eigene nationalprotektionistische Politik umsetzen zu können. Aus dem Wissen und der Erfahrung der letzten Jahre heraus, v.a. nach den Erfahrungen mit Griechenland, dass eine solche nachfrage- bzw. binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik in der EU nicht möglich wäre, haben die Spitzen des FN bereits angekündigt, als erste Amtshandlung ein Referendum zum Austritt aus der EU anzusetzen. Ziel der bereits ausgearbeiteten Europapolitik des FN ist es, „Elemente der nationalen Souveränität“⁴ von der EU zurückzugewinnen und dadurch Handlungsspielräume für die eigene nationalprotektionistische Politik zu eröffnen. Die Wahl Marine Le Pens wäre damit nicht nur das Ende der V. Republik, sondern sehr wahrscheinlich auch das Ende der EU.

⁴ Zitat des stellvertretenden Vorsitzenden des Front National, Florian Philippot in: Süddeutsche Zeitung, 09.12.2016: S.8

Literatur

- Albertini, Dominique (2017): «UMPS» : face à Macron, laissons le terme au FN. In: *Liberation*, 4.3.2017: 2.
- Althusser, Louis (2011a): Über materialistische Dialektik. Von der Ungleichheit der Ursprünge. In: Althusser, Louis (Hg.): *Für Marx*. Gesammelte Schriften, Bd. 3. Frankfurt a.M.: 200–279.
- (2011b): Widerspruch und Überdetermination. Anmerkungen für eine Untersuchung. In: Althusser, Louis (Hg.): *Für Marx*. Gesammelte Schriften, Bd. 3. Frankfurt a.M.: 105–160.
- Barthélemy, Martine/Michelat, Guy (2007): Dimensions de la laïcité dans la France d'aujourd'hui. In: *Revue française de science politique* 57(5): 649.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster: 102–130.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2001): *Le nouvel esprit du capitalisme*. NRF essais. Paris.
- Delbar, Catherine/Léonard, Evelyne (2002): Le travail intérimaire. In: *Courrier hebdomadaire du CRISP* 33(1778): 127–139.
- Demirovic, Alex (2012): Ist der Neoliberalismus hegemonial? Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform. In: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 32(1): 127–139.
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- DREES (2016): « C'était mieux avant...»: l'opinion des Français sur leur situation par rapport à celle de leurs parents. In: *Études & Résultats* Nr. 969.
- Dumitrescu, Delia (2016): Up, close and personal. The new Front National visual strategy under Marine Le Pen. In: *French Politics* 50(3): 513.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62(2): 71–76.
- Gramsci, Antonio (2012): *Gefängnishefte*. Hamburg.
- Gravier, Jean-Francois (1947): *Paris et le désert français*. Paris.
- Hall, Stuart (2014): *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*. Ausgewählte Schriften, Bd. 5. Hamburg.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 45(4): 563–592.
- IPSOS (2016): *Fractures Françaises 2016*. Paris.
- Ivaldi, Gilles (2015): Towards the median economic crisis voter? The new leftist economic agenda of the Front National in France. In: *French Politics* 13(4): 346–369.
- Kocka, Jürgen (2017): Alte und neue Konfliktlinien im Kapitalismus: Was kann, was soll Sozialwissenschaft leisten? In: *WSI-Mitteilungen* 70(2): 149–154.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (Hg.) (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Marx, Karl (1969): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 2. Berlin.
- (2005): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich (Hg.): *Werke*. Bd. 42. Berlin.

- Merkel, Wolfgang (2016): Bruchlinien Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: *WZB Mitteilungen* Nr. 154: 11–14.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin.
- OECD (2016): *Income Distribution and Poverty*. Paris.
- Polanyi, Karl (2015): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Berlin.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre (2000): *Der Staat in Frankreich. Von 1789 bis in die Gegenwart*. Münster.
- Schmidt, Vivien (2002): *The Futures of European Capitalism*. Oxford, New York.
- Shields, James (2007): *The Extreme Right in France. From Petain to Le Pen*. Extremism and Democracy. New York.
- Steinhilber, Jochen (2000): *Die "Grande Nation" und das "Haus Europa". Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg*. Hamburg.
- Syrovatka, Felix (2015): Der Aufstieg der Madame Le Pen. Die Strategie der Front National im Europawahlkampf. In: *Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 45(3): 387–409.
- (2016): *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise*. Wiesbaden.
- (2017): *Die Krise der französischen Gewerkschaften*. Frankreich-Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- TNS Sofres (2016): *Baromètre d'image du Front national 2016*. Paris.
- Wilde, Pieter de/Junk, Wiebke/Palmtag, Tabea (2016): Accountability and opposition to globalization in international assemblies. In: *European Journal of International Relations* 22(4): 823–846.
- Zürn, Michael (2016): Jenseits der Klassenfrage. Neue Konfliktlinien zeigen sich in Europa, der Türkei und Amerika. In: *WZB Mitteilungen* Nr. 154: 7–10.